

Erscheint wöchentlich 2 mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen  
Beziehungen an:  
die Expedition, Hohe Str. 4.  
H. Debel, Petersstr. 18.  
S. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:  
für Preußen incl. Stempels-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.  
per Quartal, per Monat 4 1/2  
Sgr., für Leipzig und Um-  
gebung per Quartal 13 Sgr.  
Kontingentsbeitrag für die Bar-  
einträge Staaten:  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N. J., via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

## An die Parteigenossen!

Bezugnehmend auf unsere Mittheilung in letzter Nummer des „Volksstaat“, betreffend den

### Partei-Kongress in Mainz,

werden hierdurch nachfolgende nähere Anordnungen getroffen:  
Der Kongress findet statt Sonntag den 8. September und an den folgenden Tagen.

#### 1) Öffentliche Versammlung.

Zur Vorfeier und Begrüßung soll Sonnabend (Samstag), den 7. September, Abends eine Volksversammlung abgehalten werden.

Tagesordnung: „Programm und Agitation der soz.-dem. Arbeiter-Partei“.

Außer dieser Volksversammlung finden weitere öffentliche Versammlungen nicht statt. Die Delegirten werden darum aufgefordert, bis Sonnabend Abend in Mainz einzutreffen.

#### 2) Vorversammlung.

Sonntag Vormittag. Feststellung der Tagesordnung für die geschlossenen Sitzungen. Wahl der Commissionen und des Bureau's.

#### 3) Geschlossene Sitzungen.

Sonntag Mittag von 1 Uhr an und an den folgenden Tagen sollen nur geschlossene Sitzungen stattfinden zur Berathung der inneren Parteiangelegenheiten.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1) Bericht des Ausschusses.
- 2) Bericht der Kontrollcommission.
- 3) Bericht über den Stand des Parteiorgans und des literarischen Unternehmens.
- 4) Anbringung von Beschwerden über Ausschuss, Kontrollcommission, Redaktion und Expedition.
- 5) Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission.
- 6) Diverse selbständige Anträge.
- 7) Wahl des Ortes für den Sitz des Ausschusses und der Kontrollcommission so wie des Ortes für den nächsten Parteikongress.

Zu den geschlossenen Sitzungen haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung ihrer Parteikarte Zutritt.

Anträge zu diesen Punkten der Tagesordnung, die bis spätestens den 17. August bei uns eingehen müssen, werden den Parteigenossen vor dem Kongress zur Kenntnissnahme gebracht; über die Zulässigkeit späterer Anträge entscheidet der Kongress. Die Vertrauensmänner wie überhaupt alle Mitglieder werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach §. 9 der Geschäftsordnung nur die Parteigenossen solcher Orte stimmberechtigt sind, die ihre Pflichten erfüllt haben.

Parteigenossen! Rüstet Euch zum Kongress!

Eine zahlreiche Beteiligung durch eine würdige und ernste Versammlung der begeisterten Kämpfer der Sozialdemokratie möge unseren Gegnern zeigen, daß trotz aller Verfolgungen die Geister und Herzen glühen, der Stern unserer Erfolge höher und höher steigt.

Parteigenossen! Auf nach Mainz!

Hamburg, den 18. Juli 1872.

Der Ausschuss.  
Theodor Jord.

## Der deutsche Spießbürger.

(Aus „Gartenlaube“ Reiss „Leuchtturm“ von 1849, Nr. 10.)

Die Natur hat dafür gesorgt, daß jedes schaffende Element zugleich sein zerschöpfendes neben sich hat, und jedes zerschöpfende sein schaffendes. Die Götter der politischen Welt, der Staaten, so sehr eigentlich ihr ganzes Sein und Wesen Unnatur ist, haben doch Eins der Natur abgelauscht, und dies ist das Schöpfen der Zerstörung, wo ein neuer Bau, wo ein neues Dasein sich regt.

In früherer Zeit war es der Adel und mußte er es sein, dessen eiserne rote Faust jede Blume der wahren Humanität knickte, jedes Leben eines wahren Rechts brach. Diese Zeit ist vorüber, die abligen Stammbäume sind vermodert, verwest, der Zahn der Zeit hat sie angegriffen, und wenn sie leuchten, so ist dies eben das Leuchten des faulen Holzes in der nebligen und finstern Nacht der Verbümmung.

Die neue Zeit brauchte neue Negationen, der neue Flügelschlag brauchte neue Bläsgewichte, der Blütenbaum des neunzehnten Jahrhunderts neue Raupen, gefräßig, zerschöpfend. Die Larven fanden sich dazu vor, es bedurfte nun noch der Sonne, sie auszubrüten, und der Strahl von dem Glanze der Kronen übernahm dies Geschäft — das schönste Spießbürgerthum kroch in kürzester Zeit aus seiner Hülle, und nun ist das ein Fressen, ein Knistern — es ist noch gut, daß der Boden, auf dem der Baum des Volksglücks steht, so ergiebig ist — die Raupen werden diesen nicht zerfressen!

In früheren Jahrhunderten war es namentlich in Deutschland der Bürger, der sich auf die Seite der Opposition stellte, ja der sie machte und fest bei ihr ausharrte. Die Reichskronik weiß manches Hühnchen von der Widerspenstigkeit der Bürger gegen die Herren von Gottes Gnaden zu erzählen, und daher

datirt sich der alte eingewurzelte Haß des Adels gegen das Bürgerthum.

Das ist nun anders; haben sie sich früher gegen Oben gestemmt, so thun sie dies nun nach Unten, haben sie früher für das eigentliche Volk etwas gethan, so thun sie es jetzt für die Könige und damit für sich.

Für sich! Das ist das Eigentliche am Ganzen; der Egoismus ist ihr archimedischer Punkt — sie werden die Welt bewegen, aber bei dieser Bewegung mögen sie achtgeben, daß die rollende Erde sie nicht erdrückt!

Der Mensch weiß sich alle schädlichen Elemente dienstbar zu machen, das Gift dient ihm zur Heilung, das tödtende Messer zur Belebung. Auch die Könige wußten das schädliche Bürgerthum sich nutzbar zu machen, und Louis Philipp, der Jesuitenchef, mit seinen beiden Jesuitenadjutanten Thiers und Guizot, hat die Kunst zuerst erfunden, wie man den Völkerfreund zum Völkerfeind macht.

Das Bürgerthum war ihnen der drohende Löwe, und sie schmeichelten ihm und streichelten ihn so lange, bis er an ihrem Bogen zog und sie führte — natürlich nach kurzer Zeit ins Verderben.

Louis Philipp in Frankreich mußte mehr oder minder ein Element schaffen, denn der Charakter des Franzosen ist ein mehr agiler, lebhafter, aber Deutschland, das professorenderbore Deutschland, das philosophisch verpöschte und gründlich verpöschene Deutschland mit dem unsterblichen Zopf hatte schon von früher her dies Element in sich, der deutsche Spießbürger ist das Muster, das non plus ultra seiner Weltgattung.

Und blicken wir in Deutschland wohin immer, da sehen wir, daß nicht so der Adel, daß nicht so die Aristokratie das Hemmnis der neuen Zeit ist, sondern der eigentliche behäbige Bourgeois, der fettwanstige, schwerbäuchige angefressene Spießbürger.

Was kann der Adel allein machen? Sein Geld ist von dem Momente in Nichts verschmolzen, seitdem die Freiheit den Menschen, d. h. den Bauer, frei gemacht, und dieser Mensch sein kann und nicht mehr Pflugstier zu sein braucht. Die Würde des Adels — wo ist sie? Sie ist dahin, seitdem es den Menschen gestattet war, Bildung zu erlangen und das geistige Auge offen zu halten. — Die Macht des Adels? — Sie ist die Potenz der beiden obigen Grundzahlen, und wo keine Grundzahl vorhanden ist, kann es auch keine Potenz geben.

Aber das Spießbürgerthum ist die breite Grundlage der fortwährenden Aristokratentyrannie; der deutsche Spießbürger ist derjenige, der auf seine breite Schulter den dynastischen Absolutismus hebt und ihn durch das Land trägt.

Der deutsche Spießbürger ist aber nicht nur Spießbürger zu Hause — er trägt sein miserables Rückschrittstalent, seine innerliche zähe Nichtigkeit mit sich herum, wie die Schnecke ihr Haus, wohin sie immer geht.

Gehen wir nach Elsaß, so ist es der deutsche Spießbürger, der gegen die Republik Frankreichs ist und sich nach seinem gottbegnadeten, althergekommenen König sehnt; gehen wir nach Belgien, so ist es der deutsche Spießbürger, der die entsetzliche Furcht vor dem Neuen hat; gehen wir nach Ungarn, so ist es der deutsche Spießbürger, der sich als Klette an den Fortschritt hängt; gehen wir nach Italien, so ist es der deutsche Spießbürger, der in den Grenzstädten keinen Funken der politischen Bewegung aufkommen läßt, und gehen wir nach Polen, so ist es der deutsche Spießbürger, der sich wie ein Maulwurf in das nationale Leben wühlt und es untergräbt.

Überall wo wir hinschauen — ein Krebschaden: der deutsche Spießbürger!

Jedes Thier hat Momente, in denen ein besseres Selbst aus ihm heraustritt. Die reisende Wölfin säugte schon Kinder, das stumpfe Roß betrauert den verwundeten Herrn, der getretene Hund wirft sich in den reisenden Strom und rettet mit Lebensgefahr den Menschen — der Spießbürger aber hat keinen edlen Moment, an ihm geht Alles stumpf vorüber, er hat nur sich, seinen Bauch, seinen Säckel, die andere Welt mag verhungern, erfrieren, moralisch zu Grunde gehen — wenn nur er lebt!

Darum steht er, ein Tyrann im Kleinen, neben den Tyrannen im Großen; darum ist er, ein Dynast innerhalb seiner Pfähle und seines schmutzigen Besitzes, der treue und enge Verbündete der großen Dynasten; darum ist er ein Geldfresser und Blutsauger in seinem stinkenden Kramladen, der getreue Knecht und Diener Derjenigen, die Geld und Blut aus ganzen Staaten und Generationen saugen.

Nur der Spießbürger ist das ewige Faulthier, das alle Wesen, das frisst, verdaut und sonst nichts thut — höchstens Adressen schreibt!

An wem sind die Bewegungen der neuen Zeit gescheitert? Nicht an dem Adel, nicht an den Dynasten — an dem Spießbürger! — Nicht einen Tropfen seines Blutes hat er für die neue Zeit vergendet, die Sonne der Freiheit bescheint auch ihn, und er lebt in dem Glanze, erwärmt sich und genießt die Früchte des Bodens, welchen die Märtyrer gebüngen — aber er will die Bewegung in die Hand nehmen, er will die Früchte der Bewegung bloß für sich — einer Bewegung, zu der er nicht das Geringste gethan, für die er nicht gewirkt, in der er

Als das preussische Ministerium hochverrätherisch die blutgebüngen Freiheitsjaat mit ledem Fuß zertrat, wer schickte Vertrauensadressen an den König? — der deutsche Spießbürger! Als Windischgrätz und Jellachich mit ihren Horden die größten Greuelthaten begingen, mit Mord und Schändung eines der schönsten Erdengebiete überzogen, wer bewillkommte sie mit Hurrah? — der deutsche Spießbürger! Als eine Nationalversammlung in gerechter Entrüstung die Steuern verweigerte, wer kam schnell heran und legte wedelnd das Geld zu des Thrones Stufen? — der deutsche Spießbürger! Als ein König jene Männer, welche nur für das Wohl des Volkes arbeiteten, schmachvoll vertrieb, wer bewarf jene Märtyrer noch mit Koth und reichte den an's Kreuz der Tyrannei Genagelten den sauren Schwamm? — der deutsche Spießbürger! Wer sträubte sich gegen die wahre deutsche Einheit? — der deutsche Spießbürger! Wer wählte die Brandenburgs, die Brangels und Prinzen von Preußen zweimal als Volksvertreter in eine Kammer, die gar nicht berechtigt ist — war es der Adel, war es die Dynastie? Nein, es war die Mehrzahl der Wähler, die Mehrzahl des besteuerten Schacher- und Besitzthums, es waren die deutschen Spießbürger!

Sehen wir nach Ungarn, wo ein erster, ein patriotischer Kampf entbrannt ist! Welche Städte waren die ersten, welche schimpflich, ohne Schwerstreich sich hingaben und Thür und Thor öffneten? Zuerst war es Odenburg, wo der deutsche Spießbürger dominiert, dann war es Preßburg, wo der deutsche Spießbürger vorherrscht, dann war es Pesth, wo das eingestressene deutsche Spießbürgerthum ebenfalls vorwiegt. Wo der deutsche Spießbürger endete, da begann der eigentliche vaterländische Kampf, der Kampf um die heiligsten Interessen.

Sehen wir nach Siebenbürgen. Es ist dort der fetteste, ergiebigste und herrlichste Boden, vor Zeiten kamen Fremde dahin, sie waren arm und hatten gar nichts, erhielten dann von den magyarischen Bewohnern diesen fetten Boden, Freiheiten, gesicherten Sitz und wurden wohlhabend; diese wohlhabenden Leute heißen Sachsen, sind Deutsche; und wer ruft nun den Russen ins Land — den Russen!!! — gegen die Freiheiten des Volkes, das diesen Boden, diese Freiheiten gependet? — der deutsche Spießbürger ist es, der den Russen anruft, der sich mit dem Feinde der Menschheit innig verdrückt und verbündet.

Das sind die Thaten des deutschen Spießbürgers, und das Register ist wahrhaftig noch nicht voll, wir könnten mehr aufzählen. — Aber was ist die Folge dieses Thuns?

Wo der Spießbürger auf fremdem Boden ist, wird er einen Raubkrieg hervorrufen, der ihn, wenn nicht tödten, doch ihm ein Glied um das andere zerfleischen wird; wo der deutsche Spießbürger in deutscher Heimath ist, wird ein Element herausgeschworen, dessen Rennung ihn schon zittern, seine Haare sträuben macht. Es ist der sozialistische oder communistische Kampf, der unerbittliche Krieg gegen das Besitzthum.

Das kämpfende Volk stürzt einen Tyrannen nach dem andern. Es stürzte zuerst den traffen Absolutismus, dann kam die Constitution mit den Adelsprivilegien, mit den Kostenbervorzugungen — diese sind nun dahin, ein neuer Feind erhebt sich und verbündet sich mit allen übrigen Feinden, dieser Feind ist das Besitzthum, und es ist albern genug, den Krieg gegen sich selbst gewaltsam heraufzubeschwören.

Das Volk steigt über kurz oder lang, denn die Kämpfer desselben sind die Mehrzahl, die Zeiten, in denen man die Söhne des geknechteten und verarmten Volkes gegen ihre eigenen Interessen zur Schlachtbank führen konnte, fangen zu verschwinden an — und mehr, wenn die Kriegssackel um das Haupt des deutschen Spießbürgers schwirrt!

Den Absolutismus hat seine Störrigkeit gestürzt, den Adel ebenfalls, glaubt der Bourgeois damit zu gewinnen? Er sehe sich die Grube an, die er gräbt für das Volk, sie ist gerade groß genug zu einem Bette für ihn selbst — er erkenne Das, erschrecke ob seines Thuns und gehe mit dem Volke, reiche ihm die Hand, sei Mensch, so lange es noch Zeit ist, so lange die Rücktrittspforte ihm offensteht — es tann eine Zeit kommen, in der er zurücktreten will, aber es ist zu spät, er höhrt sich selbst das starrende Bajonet in den Rücken! —

Dies dem deutschen Spießbürger.

A. S.

## Politische Uebersicht.

Eine kleine Reminiscenz. Im Frühjahr 1813 sagte bei der Hofstafel zu St. Petersburg die Kaiserin von Rußland: „Aber, Hr. Baron, wenn jetzt das Deutsche Volk auch nur einen einzigen Franzosen über die Grenze kommen läßt, dann werde ich es mein Leben lang verachten.“ Der Angeredete erhob sich, blah vor Zorn und erwiderte: „Kaiserliche Majestät, Sie würden Unrecht haben, das Deutsche Volk zu verachten; ich weiß, wie das Volk bereit war, überall seine Pflicht zu thun. Hätte man es zu gebrauchen gewußt, kein Franzose wäre an die Elbe, geschweige an den Dnieper gekommen. Nicht das Deutsche Volk, sondern Ihre Vettern, die Deutschen Fürsten, tragen die Schuld an unserer Schmach.“

Der Mann, der so sprach, war der Freiherr von Stein, dessen Denkmal neulich enthüllt wurde. Er ist längst todt,

\*) Obgleich es keinem Delegirten unbenommen bleibt, sich in jener Versammlung erst zum Wort zu melden, bitten wir doch diejenigen, welche ein Verbot zu geben sich bereits entschlossen haben, dies uns baldmöglichst anzuzeigen.

Kann also vom Staatsanwalt nicht wegen Majestätsbeleidigung belangt werden; wenn er aber heute lebte, dann würde er, der Mann, der niemals das Rückgrath zu beugen vermochte und Knechtsein für das elchafte aller Vaster hielt, sicherlich anders vom Deutschen Volk, wenn auch nicht von den Deutschen Fürsten, urtheilen. —

Sich zum Zeitvertreib hängen lassen oder 5 Jahre Buchhaus, das ist die tröstliche Alternative für das „Volk in Waffen“, auch die mit eingeschlossen, welche sich nicht zu den Wollfischen Spitzbuben rechnen. In Oldenburg ist's neulich vordemonstrirt worden. Wir lesen darüber im „Frankfurter Beobachter“: „Das neue deutsche Militärstrafgesetzbuch mit seinen barbarischen, die Civilisation verhöhrenden Bestimmungen hat kürzlich in Oldenburg eine Illustration gefunden, welche die Steine schreien machen würde, wenn Menschen schweigen. Ein übermüthiger „Vorgesetzter“ verhängte über einen armen Rekruten zur Strafe für sein geringes Fassungsvermögen eine so gräßliche Marter“, daß es zu den „wunderbarsten Zügelungen“ gehöre, wenn der Gemartete durch nachträglich angestellte „Wiederbelebungsversuche“ dem Tode entzogen werden konnte. Der „Vorgesetzte“, der sein kannibalisches Vergnügen auf diese Weise an einem unglücklichen Soldaten ausließ, welchen die eiserne Disziplin zwang, sich selbst die fürchterlichste Qual anzuthun, die ein Mensch erdulden kann — dieser Verbrecher ist „flüchtig“ geworden und unsere Liberalen werden sagen, daß doch nicht die Gesetzgebung verantwortlich zu machen ist, wenn ein flüchtiger Verbrecher die Strafe nicht erfüllt. Gewiß nicht, aber das ist nicht der Punkt, um den es sich handelt. Was würde dem gemarteten Soldaten geblüht haben, wenn er den scheußlichen Befehl seines „Vorgesetzten“, sich aufzuhängen, nicht befolgt hätte? Das Militärstrafgesetz giebt uns als Antwort darauf die schweren Strafen der Widerspenstigkeit an, wie sie in dem Falle der Grandenzer Unglücklichen, welche dem Befehle ihres wahnsinnigen Hauptmanns nicht gehorchen wollten, bekanntermaßen angewendet wurden! Das Militärstrafgesetz kennt aber auch sogenannte „Milderungsgründe“ für solche besonders ausgezeichnete Arten der Widerspenstigkeit, die so „milde“ sind, daß die Humanität des Mittelalters sich davor verstecken kann. Man sehe sich folgenden Paragraphen des Strafgesetzes an:

„In ein Untergebenes dadurch, daß der Vorgesetzte ihn vorschriftsmäßig behandelt oder die Grenze seiner Dienstgewalt überschritten hat, gereizt und auf der Stelle zu einer strafbaren Handlung hingerissen worden, so findet dennoch Strafe statt, aber an die Stelle der sonst verordneten Todesstrafe nur lebenslängliche Freiheitsstrafe und in ähnlicher Weise bei an sich verminderter Freiheitsstrafe deren Abkürzung. Steht sich die Handlung des Vorgesetzten als eine Mißhandlung oder sonst als herabwürdigende Behandlung des Untergebenen dar, so ist der Höchstbetrag der Strafe (für den Untergebenen) fünf Jahre.“

„Also nicht einmal das in der ganzen Welt gültige Recht der Nothwehr hat der deutsche Soldat, wenn er von einem „kannibalischen“ Vorgesetzten mißhandelt werden soll! Er muß die Mißhandlung, und wenn sie sogar — wie in diesem Falle in Oldenburg — direkt das Leben bedroht, willenlos über sich ergehen lassen, will er sich nicht den schwersten Strafen aussetzen! Das ist die Lage, welche den Söhnen Deutschlands „im Interesse der Disziplin“ bereitet wird, das sind die Gesetze, welche ein angeblich „liberaler“ Reichstag sanctionirt hat. Bieleicht wäre es anders gekommen, wenn man diese „liberalen“ Herren einmal die Probe der „Disziplin“ hätte lassen lassen, die der arme Soldat in Oldenburg erduldet. Da es nicht geschehen, trösten wir uns mit der Hoffnung, daß eine Zeit kommen wird, wo das deutsche Volk wieder die Fähigkeit erlangt, über gewisse Dinge schamroth zu werden.“

Wir sind jetzt in den Hundstagen und es ist daher nicht zum Verwundern, daß das Geschlecht der Schweiswedler in fieberhafter Bewegung ist und sich zu den extravagantesten Caudal-Leistungen aufzuschwingen sucht.

So hat Einer von diesem Geschlecht — natürlich ein deutscher Professor — in diesen Tagen den vorigen Jahr todtgeborenen Plan eines am 2. September zu feiernden Nationalfestes zur Erinnerung an den „heiligen“ Krieg galvanisirt und quält sich unter Beistand seiner Kollegen und Mitschweiswedler ab, dem todtten Ding Leben einzubringen. Wir rathen den Herren, einen vieredigen Denkstein aufzustellen, der auf einer Seite die Namen der Viertelmillion junger Männer enthält, die im „heiligen“ gefallen oder an dessen Folgen gestorben sind; und gegenüber die Namen der Hunderttausende, die der „heilige“ mit seinen „Siegen“ aus dem ruhmreichen Vaterland der Stieber, Steuern und Kasernen hinausgetrieben hat. Auf den zwei andern Seiten könnte man die Kriegsprozesse, Zeitungsconfessionen, Hausdurchsuchungen, Majestätsbeleidigungs- und Hochverratsprozesse nebst den „Säbelaffären“, Rekruten-Todtrettungen u. Ausnähmungen u. anderen „Eigentümlichkeiten“ des „Neuen Reichs“ verzeichnen. Der Denkstein würde so hoch werden, daß man ihn auf Meilen weit sehen und es dem Wanderer als Wegweiser dienen könnte, was eine schöne Verbindung des Nützlichen mit dem Angenehmen wäre. Und oben drauf müßte in Milliarden-Gold-Lettern die berühmte Inschrift prangen: Wandering stop and — pray! Wanderer siehe still und verrichte Deine Andacht! —

Corruption. 1) Ein Professor des Staatsrechts an der Leipziger Universität, Herr Dr. Stobbe (früher in Breslau), verteidigte jüngst in seinem Colleg die Diätenlosigkeit der Abgeordneten. „Durch die Diätenlosigkeit“ — sagte der Herr Jugendberieber — „werden Elemente der „niederen“ Klassen von den Parlamenten, welche aus gebildeten Männern zusammengesetzt sein müssen, ferngehalten: Geld ist Bildung; wer arm ist, kann sich in der Regel die nöthige Bildung, die der Parlamentsfähigkeit erfordert, nicht erwerben.“ Das darf man einer Zuhörerschaft, die zum Theil aus pfenniglosen Proletariern besteht, zu bieten wagen! „Ich weiß nicht“ — schreibt unser Gewährsmann, dem wir die vorstehende Mittheilung verdanken — „ob ich mehr über die Gedanklosigkeit des Herrn Stobbe oder über die seiner Studenten erstaunen soll. Statt zu sagen: „Wohl ist es wahr, daß der Arme in der Regel verhindert ist, sich die nöthige Bildung zu verschaffen; trotzdem aber kann die natürliche Intelligenz auch Leute ohne höhere Bildung zu staatsmännischer Wirksamkeit befähigen — wovon die Geschichte viele Beispiele zeigt —; und darum

müssen Zustände geschaffen werden, welche jedem Talente Gelegenheit zur Ausbildung gewähren“, — statt dieser Conclusion nimmt Herr Stobbe umgekehrt die bestehende Rechtslosigkeit des Armen auf Bildung als unbeschreiblich an und baut er auf dieser Voraussetzung seine aller Verunft und Moral in cynischer Weise hochsprechenden Schlüsse.“

2) Die Geschichtsfälscher können bekanntlich die „Blutmenschen“ der Revolution, denen sie das Unmögliche nachsagen, nicht schwarz genug malen, weil die Freiheit gewöhnlich durch blutigen Kampf errungen werden mußte. Wenn aber der deutsche Bigotte „Blut und Eisen“ auf sein Banner schreibt, so ist er kein „Blutmensch“, sondern ein „wahrer Geistesvorkämpfer“. Wer's nicht glauben will, der lese:

„Aus Bayern, 19. Juli. Trophäen der Reichskanzler sich in sehr ernsten Ausbrüchen die Störung seiner ländlichen Einsamkeit in Barzin verdeten hat, können unsere Nationalliberalen ihre Gefühle nicht so leicht im Zügel halten. So wurde bei einem in Southofen (Schwabau) abgehaltenen feste nachziehendes Telegramm an Bismarck abgefaßt: „Dem Ranne von Blut und Eisen, dem wahren Geistesvorkämpfer, brüden bei der Fahnenweihe des Southofener Veteranenvereines für seine Verdienste um das Vaterland tausend biederere (!!) Schwabensöhne (!!) ihre Sympathien aus.“ Bismarck dankte für dieses Telegramm in einem Handschreiben, das nun bei unseiner Nationalliberalen einen Festanruf hervorgebracht und in einem nationalliberalen Blatte nachziehendes Erguß zu Tage gefördert hat: „Daß der in Barzin der Ruhe pflegende Reichskanzler, der sich erst leghin dahin ausdrückte, kein Telegramm und keinen Brief von unbekanntem Personen zu beantworten, höchst eigenhändig sich herbeiließ, das vom Veteranen-Verein Southofen ergangene Telegramm zu erwidern, darf man als ein erfreuliches Zeichen betrachten dafür, daß sich der große Minister nicht enthalten konnte, den Süddeutschen für die Theilnahme an seiner Person den Dank abzusatteln!“ (Frankfurter Zeitung.)

Wenn ein Junker, der die großen Städte vom Erdboden wegrasirt wünscht, und wenn ein Staatsmann, der sich dafür, daß er einen Brudershammer mit Krieg überzog, mit ein paar Mal hunderttausend Thaler dotiren ließ, um an der Börse zu speculiren und Fabrikant zu werden, — wenn Bismarck der „wahre Geistesvorkämpfer“ ist, dann hat auch Stobbe Recht, wenn er sagt: „Geld ist Bildung.“

Briefstieberei. In dem „Klerikalen“, „Mainzer Journal“, veröffentlicht Herr J. R. Kade folgende Erklärung:

„Es ist mir in der jüngsten Zeit zu verschiedenen Malen vorgekommen, daß Briefe an mich mit sädirtum (beschädigtem) Couvert angekommen sind. Ich ersuche daher die Herren, welche in Korrespondenz mit mir stehen, in soweit dieselbe nicht rein geschäftlicher Natur ist, sich kein Couvert zu bedienen und dieselben inwendig mit einer Oblate, von Außen mit Siegel, jedoch der Art zu versehen, daß die Oblate und der Siegel nicht gleichzeitig abfallen. Da es außerdem vorgekommen ist, daß in den letzten zwei Wochen, wie ich schon jetzt bestimmt weiß, zwei Briefe in der nämlichen Angelegenheit an mich nicht eingetroffen sind, so bitte ich, bei einigermaßen wichtigem Inhalt, die Schreiben zu rekommandiren oder an eine andere befreundete Adresse die Anzeige des Abgangs des Briefes gelangen zu lassen. Das Gleiche gelte für verschiedene auch mit meinen Briefen, und werde ich deshalb meine Korrespondenz wie oben bemerkt einrichten.“

Die ebenfalls „Klerikale“, „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt zu diesem Brief:

„In derselben Richtung sind uns in letzter Zeit verschiedene mysteriöse Andeutungen aus anderen Orten zugegangen.“

Und die fortschrittliche „Deutscher Volkszeitung“, der wir das Ganze entnehmen, fügt pifflig hinzu:

„Diese Bemerkungen sind deutlich genug. Die Klerikalen geben zu verstehen, daß ihnen gegenüber das Verleichen nicht beobachtet wird. Man darf auf eine schnelle Auslieferung des Sachverhalts von Seiten der deutschen Postverwaltung rechnen.“

Oder auch nicht! Die Berliner „Volkszeitung“, die jetzt gerade so thut, als ob sie zum ersten Male von den Briefstiebereien im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ hörte, muß doch aus dem „Volksstaat“, den sie sehr genau liest, wissen, daß die Verletzung des Briefgeheimnisses, über welche sich jetzt die Klerikalen beschweren, seit Jahren gegen die Sozialdemokratie geübt wird, ohne daß ein offizieller, öffentlicher, fortschrittlicher oder nationalliberaler Hahn darnach kräht!

Es ist wahr, in neuerer Zeit haben wir keine Fälle von Brief-Erdbeben oder Unterschlagungen veröffentlicht, aber nur, weil wir die Leser nicht durch häufige Wiederholungen ermüden wollen, und von der vollkommenen Ausschließlichkeit öffentlicher wie amtlicher Beschwerden überzeugt sind, zumal die Presse — die fortschrittliche, liberale „Volkszeitung“ mit eingerechnet! — systematisch das der Sozialdemokratie zugesetzte Unrecht todt schweiget.

Mit Bezug auf den Kader'schen Brief müssen wir, damit er nicht ein falsches Gefühl der Sicherheit erzeuge, noch warnend bemerken, daß die darin angegebenen Verfahrungsregeln keineswegs ausreichen, daß es überhaupt kein Mittel giebt, die Eröffnung von Briefen zu verhindern, sondern bloß sie zu erschweren, und endlich, daß die Eröffnung, namentlich wenn die Couverts von starkem Papier sind, meist an den Seiten erfolgt, und zwar vermittelt eines scharfen Schnitts, der selbst bei sorgfältigster Wiederzulebung mit Gammel wohl zu entdecken ist.

Und die Moral? Beim Briefschreiben rechne man auf Stieber als Mitleser, erschwere ihm aber den Spaß nach Möglichkeit!

Im Französischen Junkerparlament jagt seit mehreren Wochen eine Speltakelzweie die andere. Die Anhänger der wegen ihrer Schandthaten und Niederträchtigkeiten verjagten Dynastien thun, als ob sie mit dem „Heldengreis“ Thiers unzufrieden wären und klagen ihn an, wider die Verabredung es ernsthaft mit der Republik zu meinen; und der „Heldengreis“ Thiers thut, als ob er die Vorwürfe für ernsthaft hielte und behauptet mit zum Himmel aufgeschlagenen Augen, daß er es allerdings ernsthaft meine mit der Republik, aber natürlich nur mit der „konservativen Republik“, welche in Satory die Republikaner todt schießen läßt. Darob wüthender Lärm auf den Bänken der Monarchisten, Geschrei, Stampfen, Häufelballen und schließlich — in die Arme fallen sich beide (Thiers und die Rechte)

und weinen vor Nahrung und Freude, um am nächsten Morgen dieselbe Kugalgerei von Neuem aufzuführen. Das Volk aber betrachtet in stillem Borne das verächtliche Schauspiel und harret des Moments, wo es wieder die Bühne betritt und Justiz übt an den elenden Komödianten, die bloß lächerlich wären, wenn nicht das Blut von Zehntausenden an ihren Fingern klebte. Und des vergossenen Bluts ist ihnen noch nicht genug! Als neulich die Amnestiefrage (Amnestie für die Opfer der Mörder!) zur Sprache kam, wurde mit allen

gegen die Stimmen der Republikaner (was sich eben so nennt) beschlossen, daß vorläufig von einer „Begnädigung der politischen Verbrecher“ nicht die Rede sein könne. Der „Heldengreis“ benutzte die Gelegenheit, seine vollkommene Uebereinstimmung mit der Rechten in diesem Hauptpunkte auszudecken. Da nun amtlich mitgetheilt wird, daß zwar schon 32,837 Anklagen erledigt, aber auch Materialien für 18,000, schreibe achtzehntausend, neue Untersuchungen vorhanden seien, so dürfen wir uns auf frische Ordnungsbereitungen gefaßt machen. Erwähnt sei noch, daß Herr Gambetta das reine Echo des Thiers ist. Kaum hatte dieser die „konservative Republik“ als Ziel seiner Sehnsucht bezeichnet, so läßt auch schon sein röhlich angelaufener Doppelgänger den Ruf erschallen: Konservative Republik! Das heißt: die Republik, welche Herrn Gambetta zum Präsidenten nimmt. Pfui über den widerlichen Stellensjäger! —

In der letzten politischen Uebersicht haben wir dem Herrn v. Bismarck, Expolizeipräsident von Berlin, Unrecht gethan, indem wir ihm „Skrupel“ in puncto des grassirenden Grundsatzschwindels imputirten. „Skrupel“ hat er zwar, aber sie beschränken sich auf die Gründungsgesellschaften, an denen er selbst nicht theilgenommen ist. —

Der „Neue“ in Schwulitäten. Anlässlich einer fatalen „Enthüllung“ des Pfaffenblatts „Germania“ drohte am vorigen Sonntag der „Neue“ seinerseits mit Enthüllungen, „daß den Pfaffen die Haare rund um die Gläse aufsteigen sollten.“ „Immer frisch enthüllt!“ replizierte die frische „Germania.“ Und der „Neue“ — hat bis dato nichts enthüllt.“ Schweigen ist Gold, was sich mitunter auch umdrehen läßt in: Gold ist Schweigen. —

Braunschweig. In voriger Woche ist hier durch einen Charlatan, Namens W. Becker, der sich bereits auf den verschiedensten Gebieten des Schwindels vergebens eine Existenz zu erobern bemüht hat, mittelst eines Plakates eine Butterrevolution angezettelt worden, die sich auch auf die Nachbarstadt Wolfenbüttel erstreckt und das Einschreiten des Militärs zur Folge gehabt hat. Steinwürfe, Säbelhiebe, Verwundungen, Verhaftungen waren, wie in der Regel bei solchen planlosen Exzessen, das Ende vom Liede. Sozialdemokraten oder deren Frauen waren selbstverständlich an jenen Kiepen-Umstürzungsgelüsten, die sich mehrere Tage wiederholten, nicht theilgenommen. Daß der Skandal nicht noch ärger wurde, als er war, ist wohl lediglich dem „Braunschweiger Volksfreund“ zu verdanken, der das Seinige gethan hat, um die Braunschweiger Bevölkerung von dem Unsinnsigen solchen Gebahrens zu überzeugen und sie von weiteren Exzessen abzuhalten.

Druckfehler: In der letzten politischen Uebersicht muß es heißen: fas est ab hoste (nicht hoste) doceri (Man muß vom Feind lernen); de gustibus (nicht quotibus) est disputandum; Social Science (nicht Science) Association; carpenters (nicht carpinters); Beehive (nicht Behive); sans gène (nicht gene).

Brüssel. Der am 16. Juli hier abgehaltene Halbjahreskongress der belgischen Internationalen erklärte sich mit 10 gegen 3 Stimmen für die Beibehaltung der Institution des Generalrats, aber für die Verringerung der Vollmacht desselben. Der Generalrat soll z. B. fortan nicht mehr das Recht haben, einzelne Sektionen bis zum Staatsstaden des Jahreskongresses zu suspendiren. Damit will er aber den Bakuninischen Umrissen, die dahin zielen, die Internationale in lauter Akme anzuführen Thür und Thor geöffnet werden. Wir haben in vorvoriger Nummer gesehen, wohin es in Amerika geführt hätte, wenn der Generalrat gegen den Woodhull'schen Schwindel nicht rechtzeitig und energisch hätte eingreifen dürfen. Die Bakuninisten und verschiedene belgische Mitglieder der Internationalen, die gar die Abschaffung der Institution des Generalrats überhaupt wollen, geben als Grund hierfür angebliche „Eigenmächtigkeiten“ an, die sich der Generalrat habe zu Schulden kommen lassen; worin diese jedoch bestehen, erläutern wir nirgends, weder aus der „Liberte“, noch aus den Bakuninischen „Buletins“. Hoffentlich macht der Haager Kongress diesen angeblichen Differenzen ein vollständiges Ende.

In Kohlenbächen von Borinage ist ein großer Streik ausgebrochen. Da die Arbeiter sich, wie immer, ruhig verhalten, so wurde schon Militär consignirt, um einen Zusammenstoß zu provoziren. —

Dresden. Durch Herrn Adolfs Matthaei geht dem „Volksstaat“ folgende Berichtigung zu:

„In der mir erst in diesen Tagen zu Gesicht gekommenen Nr. 49 des „Volksstaat“ beschäftigt sich eine Correspondenz aus Dresden unter Anderem auch mit meiner Person, und der von mir geleiteten, vormalig Schlichter'schen Maschinenbauanstalt. — Hiergegen habe ich mich nichts einzuwenden. Nur insofern jene Correspondenz meinen Namen und die von mir verfertigte Entlassung einer Anzahl von Arbeitern in eine augenscheinliche Verbindung mit einem aus diesen Kohlenbächen stahlte bringt, habe ich berichtigend zu erklären, daß ein Kohlenbächler in dem von mir geleiteten Etablissement überhaupt nicht vorgekommen ist, ein solcher daher auch nicht die Verantwortung zur Entlassung von Arbeitern geboten haben kann.“

„Ich habe ferner thätiglich zu berichtigen, daß mit den von mir entlassenen Arbeitern eine Kündigungsfrist nicht vereinbart war, also auch von keiner Seite beobachtet zu werden brauchte, daß aber nach der wenigstens vor der Behörde geltend gemachten Auffassung der betr. Arbeiter selbst deren Austritt aus der Arbeit einseitig und freiwillig erfolgt und nicht erst durch eine Entlassung von meiner Seite herbeigeführt worden ist.“

„Begen der in der erwähnten Correspondenz enthaltenen Insurien behalte ich mir die Stellung eines Strafantrags gegen den Verfasser vor.“

Dresden, am 16. Juli. R. K. Kellner, Direktor der Sächsischen Dampfschiff- und Maschinenbauanstalt.

Wir überlassen es unserem Correspondenten, seine Mittheilungen obiger „Berichtigung“ gegenüber zu vertreten und erlauben uns vorläufig Herrn Kellner auf die in vor. Nummer enthaltene Dresdener Correspondenz zu verweisen, die seine „Berichtigung“ in einem etwas eigentümlichen Lichte erscheinen läßt und die besagt, daß Herr Kellner vom Dresdener Gewerbegericht bei Vermeidung von 20 Thalern Geld- oder entsprechender Gefängnisstrafe den entlassenen Drechern ordnungsmäßige Atteste auszustellen angewiesen worden ist. —

Aus Offen wird uns folgende, kaum glaubliche Interpretation des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht berichtet:

„Vor einigen Tagen kam ich nach Hersfeld und meldete zu Sonntag Versammlung an. Da es uns nicht möglich war, einen größeren Saal zu erhalten, indem das bekannte Mandor der Begner (wozu nicht selten auch die Polizei greift, wenn sie sich der bösen Sozialdemokraten anders nicht erwehren kann), uns die größeren Säle durch Einwirkung auf die Wirthe zu entziehen, erfolgreich angewandt war, so sollte die Versammlung in einer Scheune stattfinden, und waren wir froh, daß sich überhaupt noch Jemand gefunden hatte, der sich nicht beeindrucken ließ.“

„Aber wir hatten trotzdem die Rechnung ohne den Wirth gemacht, wie nachfolgendes Schriftstück zeigt, welches darüber Zeugnis ablegt, wie selbst der klarste Wortlaut der Gesetze den Arbeitern gegen-

\*) Er hängte ihn „spafweise“ auf und ließ ihn dann allein im Zimmer.

über gar keine Bedeutung hat, und aus welchem man schließen kann, von welcher Seite aus die Vorentscheidung anderer Lokale zu Versammlungen ausgegangen ist. Das Schriftstück, durch welches der hochwollens Herr Bürgermeister die Versammlung zu inhibiren für gut fand, lautet folgendermaßen:

**Verfügung.**  
„Die Anzeige des Philipp Walz aus Gassel bezüglich einer den 14. Juli d. J. in das Lokal des Kaspar Walter vor dem Johannisplatz zu Hersfeld beabsichtigten öffentlichen Arbeiterversammlung betreffend.“

„Dem Herrn Philipp Walz wird auf seine Anzeige, daß morgen Nachmittag um 3 Uhr eine öffentliche Arbeiter-Versammlung gehalten werden solle, eröffnet, daß der als Versammlungsort bezeichnete Saal des Weichers Walters als ein geschlossener Raum im Sinne der Verordnung vom 11. März 1850 nicht angesehen werden könne, daß vielmehr diese als eine Versammlung „unter freiem Himmel“ zu betrachten sei und daß hierzu die Genehmigung — abgesehen von weiteren Gründen — aus dem Grunde verweigert werde, weil die Versammlung nicht mindestens 48 Stunden vor dem Beginn zur Anzeige gebracht ist.“

Hersfeld am 13. Juli 1872.

Der Bürgermeister Rumpf.

Daß das Lokal mit Schaltern wohl versehen, also ein Grund für die Verweigerung nicht vorhanden war, ist nicht; der Bürgermeister, als absoluter Polizeiverwalter, interpretirt das Gesetz, wie es ihm beliebt, denn wenn eine Versammlung in einem Gebäude, gleichviel ob Scheuer oder Tanzsaal &c., also unter Dach und Fach, nach der Ansicht des hochweisen Herrn Bürgermeisters von Hersfeld als eine Versammlung unter freiem Himmel zu betrachten ist, weil etwa im Tanzsaal die Fenster nicht geschlossen und in der Scheuer die Schalter und Thüren geöffnet sind, so ist überhaupt nicht abzusehen, was mit „geschlossenen Räumen“ im Vereinsgesetz gemeint ist; es blieben dann höchstens die Kirchen übrig.

Wahrhaftig, wir haben schon manche wunderliche Interpretation der Gesetze durch Subaltern-Beamte kennen gelernt, daß aber ein hochweiser Bürgermeister, und noch dazu der Bürgermeister von Hersfeld, sich zu einer so genialen Interpretation des klarsten Wortlautes des Gesetzes herablassen könnte, darüber bleibt uns fast unser freies sehr beschränkter Unterthanenverstand stehen. Doch tritt der hochweise Herr Bürgermeister von Hersfeld ganz gewaltig, wenn er glaubt, durch solche Mittel den Arbeitern das Versammlungsrecht vorzuenthalten zu können. Ganz abgesehen davon, daß es noch höhere Instanzen giebt, die anderer Meinung sein könnten, was unter einer Versammlung unter freiem Himmel zu verstehen ist, als der Herr Bürgermeister, so glauben wir, werden die Arbeiter und Kleinbürger nun erst recht, auch ohne daß erst große Versammlungen in Hersfeld abgehalten werden, wissen, was sie einer solchen Vorentscheidung ihrer Rechte gegenüber zu thun haben.

Die beste Antwort auf diese „Verfügung“ des Herrn Bürgermeisters ist der Massenaustritt zur sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.

Arbeiter! Diese papierne „Verfügung“ müßt ihr illusorisch machen durch Eure persönliche Betheiligung in die Reihen der Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Theodor Jork.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Zur Arbeitseinstellung der Glaser in Leipzig.  
Gewerkschaften! Seit längerer Zeit sind die zu unserer Gewerkschaft gehörenden Glaser in Leipzig in einer Arbeitseinstellung begriffen, die, nachdem nahezu  $\frac{1}{2}$  der Gehilfen abgereist ist, nach uns gewordenen Mittheilung alle Aussicht auf einen günstigen Erfolg hat. Es ist schon deshalb dringend geboten, die Ausstehenden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, damit sie nicht etwa jetzt, im entscheidenden Moment, gezwungen sind, nachzugeben, zumal die Betreffenden bis jetzt noch keine Ansprüche auf Unterstützung durch die Gewerkschaft erhoben haben.

Wir fordern deshalb die Gewerkschaften allerorts dringend auf, die Leipziger Genossen, bis zur Beendigung des Streiks, in jeder Weise thätig zu unterstützen. Briefe u. s. w. sind zu richten an das Streikkomitee der Glaser, Restauration von Rossig, Werberstr. Nr. 56, Hamburg, den 16. Juli 1872. Th. Jork.

Leipzig. In der am 9. d. M. abgehaltenen General-Versammlung der Holzarbeiter wurde Stelzer wieder zum Bevollmächtigten, Winter wieder zum Kassirer, Wulke, Seifert, Arnold zu Revisoren und Schrader zum Schriftführer gewählt.

Bei der Beamtenschaft für die Krankenkasse wurde Stelzer zum Bevollmächtigten, Rossfmann wieder zum Kassirer gewählt. Es wurde ein Antrag von Winter angenommen, daß jede Sektion zwei Mann zu Revisoren und Krankenscheuere wählt.

Schrader, Schriftführer.

### An die Mitglieder der Gewerkschaft der Schuhmacher.

Zur gefälligen Beachtung.  
Die seit längerer Zeit in Stritte befindlichen Schuhmacher in Offenbach haben sich an Unterzeichneten mit der Bitte um Vermittelung von Unterstützung gewandt, sich beklagend, daß durch die Vorstandsverwaltung der Schuhmacher bislang so gut wie gar nichts geschehen sei.

Da der Partei-Ausschuß nicht in der Lage ist, für Strittende Unterstützung zu verabfolgen, dies vielmehr Sache der Gewerkschaften und Fachvereine bleiben muß, so hoffen wir doch, daß der einfache Hinweis auf die bedrängte Lage der Offenbacher Kollegen deren Gewerkschaften, die Mitglieder der Gewerkschaft sowohl als die der Fachvereine, veranlassen wird, dieser Angelegenheit etwas mehr Sympathie zu schenken als es bis jetzt der Fall gewesen zu sein scheint.

Hamburg, den 16. Juli 1872. Th. Jork.

### Aufruf!

An sämtliche Schreiner Süddeutschlands, Oesterreichs, der Schweiz und Elsaß-Lothringens.

Kollegen! Schon seit einigen Monaten ist unter den hiesigen Schreiner über die Abhaltung eines Kongresses verhandelt worden; es ist wohl kaum erforderlich, Euch über den Zweck desselben Näheres anzugeben, da einem Jeden klar sein wird, daß bei der lockeren Organisation unseres Gewerks nicht möglich ist, unsere materielle Lage zu verbessern. Die Beispiele der letzten Zeit haben uns gezeigt, daß selbst durch die größten Opfer und Entbehrungen unsere Kollegen dennoch der Kapitalmacht unterliegen müssen.

Es ist daher von uns der Beschluß gefaßt worden, einen **Süddeutschen Schreiner-Kongress** einzuberufen, der unseren Norddeutschen Kollegen Gelegenheit geben soll, ihren Anschlag an uns zu bewerkstelligen. Ueber die Zeit, sowie den Ort des Kongresses können noch Vorschläge von außen gemacht werden.

Alle Freunde der Arbeiterschaft werden gebeten, überall die Schreiner auf diesen Kongress aufmerksam zu machen. Alles Nähere durch Circulare.

Wir ersuchen daher die Schreiner in den obengenannten Staaten, uns sobald wie möglich ihre Adressen zukommen zu lassen. Alle Zusendungen sind zu richten an Herrn Friedrich Güter, per Ad. Herrn Rahmer, Weinburger Str. Nr. 34, A.

Stuttgart, 15. Juli.

J. A. des Ausschusses: Albert Scholz, Schriftführer.

Augsburg, 16. Juli. Als ein ehrenliches Zeichen der Zunahme unserer Bewegung können wir mittheilen, daß unter den Schneidern Augsburgs ein reges Leben beginnt. Wir hielten nämlich am 17. v. M. eine allgemeine Schneiderversammlung ab, in welcher zur Vereinigung aufgefordert wurde, da unter den jetzigen Verhältnissen der Einzelne nichts erreichen kann. Es wurde beschloffen, einen Fachverein der Schneider zu gründen, und können wir auch die erkrankte Mittheilung machen, daß unser Verein bis jetzt neunzig Mitglieder zählt, die alle entschlossen sind, an der Arbeiterschaft festzuhalten. Es wurde auch ein Arbeits-Nachweis-Bureau errichtet, um eine engere Vereinigung mit den auswärtigen Kollegen herbeizuführen. Kollegen allerorts! Dem Beispiel anderer Städte folgend, haben wir uns vereinigt, um eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen, und sind auch fest entschlossen, dafür einzustehen. Mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag. K. Hamann, Vorsitzender, L. Graf, Schriftführer.

NB. Das Lokal für den Arbeitsnachweis befindet sich im Vereinslokal, Goshaus zur Schützenhalle, Wintergasse, was wir allen zurreisenden Kollegen hiermit bekannt geben. Ingleich bitten wir um weitestehende Verbreitung dieses durch sämtliche arbeiterfreundlichen Blätter.

### Zum Essener Strife.

Allen Parteigenossen und Freunden der social-demokr. Arbeiter-Partei unterbreiten wir nachstehend eine an uns ergangene Zuschrift der strikenden Bergleute im Essener Kohlen-Kreuz:

Essen, den 15. Juli 1872.  
„An den Ausschuß der social-demokratischen Arbeiter-Partei, Hamburg.“  
„Euer Wohlgehorchen ersucht Unterzeichnete ganz ergeben, von Ihrer Seite etwas für die strikenden Bergleute thun zu wollen. Zwar haben wir stets jedes Parteitreiben fern gehalten, um keinen Haider einzuweisen zu lassen.“

„In der heutigen Comité-Sitzung wurde jedoch beschloffen, von allen Parteien, welche uns Gelder zur Unterstützung anbieten, solche anzunehmen.“

„Die Roth ist jetzt, wie leicht zu denken, keine geringe; deshalb wäre rasche Abhilfe dringend nöthig.“

„Wir werden zu Gegenleistungen später gern bereit sein.“

Achtungsvoll  
Germann Lochtsofen.

Das Comité der strikenden Bergleute.

Essen an der Ruhr, Rottstraße Nr. 18.“

Da allen Parteigenossen hinlänglich bekannt ist, daß die vielen Tausend Bergarbeiter schon 5-6 Wochen im rühmlichen Kampfe stehen gegen die herzlosste Ausbeuter-Gesellschaft, welche Gottes Erdboden trägt, und die Sympathien, nicht nur aller Arbeiter, sondern auch aller rechtlich denkenden Männer (und zwar trotz Harcour, Krupp und Consorten und der feilen Presse) aller Parteien, in reichlichem Maße sich erworben haben, stehen wir nicht an, obige Zuschrift zu veröffentlichen. Obgleich wir nicht in der Lage sind und direkt in den Kampf einzumischen, empfehlen wir einem Jeden, der etwas für die braven Bergleute thun kann, dies nicht zu unterlassen. Möge recht bald eine große mächtige Gewerks-Vereinigung die Bergarbeit befrichtigen, ihre Rechte gegen unwürdige Anforderungen und unmenschliche Ausbeutung sicher zu stellen.

Hamburg, den 17. Juli 1872.

Der Ausschuß  
i. A. Theod. Jork.

Wir ersuchen alle Lokal-Blätter, von Obigem Notiz zu nehmen.

Essen. Die über den Essener Strife umlaufenden Nachrichten lauten so, als ob der Strife dem Erlöschen nahe sei. So heißt es z. B.: „Der vierwöchentliche Strife der Bergleute im hiesigen Bezirk nähert sich seinem Ende. In den Reihen „Gewalt“, „Charlotte“, „Humboldt“, „Himmelsfürst“, „Prinz Wilhelm“, „Steingaut“, „Prosper“, und „Dahlbusch“ ist die gesammte Belegschaft, in vielen anderen Zechen die Mehrheit der Belegschaft, wieder eingegangen. Die Hälfte der gesammten beim Strife betheiligten Bergleute hat die Arbeit ohne irgend welche Concession seitens der Gewerkschaften wieder aufgenommen.“ — Die Hatz aber, mit welcher bisher jeder Strife von Seiten der Arbeitgeber als beendet erklärt wurde, muß uns auch hier mahnen. Alles, was aus jenem Lager kommt, mit äußerster Vorsicht anzunehmen. Thatfache ist, daß die Zahl der nach Strikenden eine so bedeutende ist, daß von einer „Beendigung“ des Strikes keine Rede sein kann.

Leipzig. Der allgemeine deutsche Schneidertag wurde Sonntag, den 21. Juli in den Räumen des Arbeiterbildungsvereins eröffnet. Bis Nachmittag 3 Uhr waren folgende 28 Orte durch 28 Delegirte vertreten: Bremen durch Kühn; Hannover durch Rudolph; Lübeck durch Jaska uned; Reichenberg in Böhmen durch Kohorsched; Berlin durch Kleinide, Reimann, Janion, Wiesmeier, Hollmichel; Nürnberg und Augsburg durch Baumann; Roßhof durch Janion aus Berlin; Braunschweig-Wolfenbüttel durch Schäfer; Wien, Graz, Laibach, Klagenfurt durch Vaudisch aus Wien; Breslau durch Schuhmacher; Regensburg durch Ried; Wittweida durch Ludwig; Danzig durch Herg; Stuttgart durch Kreuzer aus Leipzig; Stode und Hannover durch Siegel; Kaufurt a. O. durch Kaspar; Tredden durch Herm und Stubr; Salzbürg durch Thiemig; Würzburg durch Stumpf; Passau durch Weiler; Königsberg in Pr. durch Kaminski; Leipzig durch Kirchhof und Kunze; Chemnitz durch Wilschmann.

Am 11 Uhr Vormittags begrüßte Herr Kreuzer vom Lokalomitee die Delegirten in herzlichen Worten und überbrachte denselben den Brudergruß der Leipziger Schneidergesellen.

Sobann ermahnte Herr Reimann aus Berlin als Einberufer des Schneidertages die Delegirten zur Eintracht. Man solle sich halten, daß der Schneidertag lediglich die Mittel und Wege ausfindig zu machen habe, wie die materiellen Interessen der Berufs-genossen zu heben und zu schützen seien. Jede politische Disputation müsse im Interesse der gestellten Aufgabe unterbleiben und gehöre in das Bereich des privaten Meinungsaustrausches.

Sobann wurde zur Wahl des Bureaus geschritten. Von 28 abgegebenen Stimmen wurde Vaudisch aus Wien mit 16 Stimmen zum ersten und Reimann aus Berlin mit 21 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden ernannt. Zu Schriftführern wurde Baumann, Regensburg und Kirchhof, Leipzig gewählt. Mit Feststellung der Tagesordnung für die Verhandlungen war der formelle Theil um 1 Uhr erledigt. Der Vorsitzende verzogte hierauf die Sitzung bis 3 Uhr. Ueber die weiteren Verhandlungen werden wir nach dem Protokoll Bericht erstatten.

Leipzig. Wir halten es an der Zeit, eine die Interessen der Arbeiter sehr nahe berührende Angelegenheit, die bisher nur in den engeren Kreisen der Krankenkassen-Überwaltungen diskutirt wurde, vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen.

Das Stadtverordnetenkollegium hat nämlich auf Antrag des Rathes beschloffen, die Verpflegungsgelder für ins hiesige Hospital aufzunehmende Krankensassenmitglieder zu erhöhen. Der zu leistende Zuschlag ist so enorm, daß möglicherweise die Erträge einzelner Kassen in Frage gestellt werden könnten. Das hierorts übliche Eintrittsgeld soll für jeden Krankensassenmitglied von 1 Thlr. auf 1 Thlr. 10 Sgr. und die Verpflegungsgelder von täglich 7 $\frac{1}{2}$  auf 10 Sgr. festgesetzt werden.

Es ist wohl kaum zu bezagen, daß diese behördliche Maßregel von Seite der Krankensassen so ohne Weiteres acceptirt wird. Es ist im Gegentheil zu erwarten, daß die resp. Krankensassenvorstände gegen diese Besteuerung mit aller Energie vorgehen werden. Wie wir hören, soll denn auch vor der Hand eine Versammlung in Aussicht genommen sein. Aus den im Monat Mai über diesen Gegenstand im Stadtverordnetenkollegium gepflogenen Verhandlungen theilen wir die Rede des in der Minorität gebliebenen Herrn Dr. Kühn mit, die uns so beachtenswerth ist, als sie auf die städtische Finanzwirtschaft ein helles Streiflicht wirft. Herr Dr. Kühn sagte ungefähr Folgendes: „Meine Herren! In Bezug auf die hier angeregte Frage siehe ich mich genöthigt, meine besondere Meinung auszusprechen, da ich als Mitglied des Stiftungsausschusses derjenige gewesen bin, welcher gegen alle Vorlagen des Rathes gestimmt hat. Zunächst muß ich mich gegen die Maßregel wenden, das sogenannte Eintrittsgeld im Krankenhause zu erhöhen. Lassen Sie und einmal prüfen, wie es mit der Richtigkeit steht, ein solches Eintrittsgeld zu erheben. Das Stadtverordnetenkollegium hat im Jahre 1855 an den Rath ein Resonant gehen lassen, wie es mit dem Eintrittsgeld siehe und welche Bewandnis es mit dem vom Hausvater und dem Leichenschreiber jeltzer bezogenen Eintrittsgeld habe, worauf der Rath damals geantwortet: „Das Eintrittsgeld für jeden Kranken, der einen Beitrag an das Hospital zahlt, beträgt in der Regel 1 Thlr. 8 Ngr., wovon 1 Thlr. für den Hausvater und 8 Ngr. für den Leichenschreiber berechnet werden.“

Nach eingehender Berechnung blieben dem Hausvater davon 12 Ngr., weil er 6 Ngr. an die Siechtstunde und 6 Ngr. an vier Siechtmäde und den Bademeister zu verteilen hatte. Die 8 Groschen für den Leichenschreiber waren da, um denselben zu dem gehörigen Fleiß beim Incaasso der zu zahlenden Beiträge anzuspornen. Das geschah also? Man legte den Kranken eine Steuer auf, um einen gewissen nöthigen Aufwand zu bestreiten, das ging so weit, daß der Hausvater sich rächen konnte, so viel Blöße angehaßt zu haben, daß in den Jahren 1834 und 35 nichts dafür verausgabte zu werden brauchte. In ähnlicher Weise besteht heute noch das sogenannte Eintrittsgeld fort, indem ja der Gegenschreiber davon Lantime bezieht. Ich für meine Person halte es nun für ein ganz verwerfliches Prinzip, an öffentlichen Anstalten den Bureauaufwand durch solche Steuern deshalb decken zu wollen, weil die Anzahl die Namen der Kranken notiren muß und darüber Scheidereien aller Art geführt werden müssen. Die Eintragung verlangt die Hausordnung, nicht der Kranke, folglich

hat es die Anstalt, resp. die Gemeinde zu tragen, nicht der Kranke, dem es gleichgültig ist, ob man seinen Namen und seine Sachen einträgt. So viel über die Berechtigung. Noch mehr aber ist es die Höhe des Eintrittsgeldes, welche mich höchst unangenehm berührt hat. Wom 1 Thlr. 10 Ngr. fordern, ja es für Alle erhöhen? Wäre auch gegen die Gleichmäßigkeit des Betrags nichts einzuwenden, so ist doch die Höhe des Betrags entschieden zu verwerfen. Nehmen Sie an, meine Herren, daß einem Bürger des Mittelstandes das Dienstmäddchen erkrankt. Es ist ihm schon schwer, für die Verpflegung von 4 Wochen aufzukommen, mojn er verpflichtet ist. Kehrt ihm in einer kurzen Zeit hinter einander ein solches Unglück wieder, wie ich wiederholt geschehen, so zahlt er bei drei solchen Fällen 4 Thlr. Eintrittsgeld, eine Ausgabe, die mit Recht für viele zu hoch ist. Noch mehr aber springt die falsche Höhe dieser Summe in die Augen, wenn Kranke zu zeitig entlassen werden und in Folge davon deren Wüchser dorthin und die erneute Zahlung des Eintrittsgeldes nöthig wird. Das führt eine ganz unmotivirte Steigerung der Kurkosten herbei. Auch sträubt sich mein Gefühl gegen den Namen dieser Einrichtung. Der Eintritt in ein Hospital ist der Eintritt in ein ernstes Institut, wo Leben und Tod neben einander liegen. Da muß man keine Steuer schassen, welche klingt, als wenn man noch dafür bezahlen müßte, um zugelassen zu werden. Müß einmal mehr erhoben werden, so werfe man dies einfach auf die Kurkosten überhaupt, theile sie aber nicht in Eintritts- und Verpflegungsgelder. Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, das Eintrittsgeld sowohl dem Namen nach wie als bezondere Gebühr ganz fallen zu lassen, dasselbe vielmehr mit in die Verpflegungsgelder aufzunehmen und den dadurch entstehenden Ausfall der Lantime für den Gegenschreiber nach genauer Berechnung auf die Stadtkasse, Conto des Hospitals, zu übertragen.

Der zweite Gegenstand, den ich nun berühren muß, ist die Erhöhung der Verpflegungsgelder. Auch dagegen sehe ich mich genöthigt zu stimmen. Wenn ich auch mit Ihnen die Ansicht theile, daß unser Hospital sehr viel kostet, und es daher wünschenswerth erscheinen muß, Dotationen zu finden, um vielleicht die allgemeine Steuerlast zu verringern, so kann ich mich dennoch nicht dafür aussprechen, durch Erhöhung der Verpflegungsgelder einige tausend Thaler zu gewinnen. Denn größer ist der Gewinn nicht. Können wir bei feierlichen Gelegenheiten viele tausend Thaler an einem Abend einem momentanen Befriedigung des Nationalitätsgeföhls, so sollen wir nicht daran mädeln, für Kranke einige Tausend Loaler jährlich mehr auszugeben. Am wenigsten aber darf man einen Unersehniß machen darin, ob Leute hier gewohnt haben oder nicht. Ein Dienstmäddchen, das einige Wochen eben erst hier gebiert hat, geht billiger aus, als wenn es, ohne hier gebiert zu haben, ins Krankenhaus kommt. Mit richtigem Takt liegen Sie bei der Gewerkschaft die Bestimmung fallen, für Ausländer das Schulgeld zu erhöhen, mit noch richtigem Takt dürfen Sie die Kosten der Verpflegung nicht erhöhen für auswärtige Bedürftige. Wir bezahlen indirekt die Schulen mit für das Land, welches eben so wenig Gymnasien als Krankenhäuser halten kann. Ich weiß allerdings, welche Besorgnis Kranke hegen. Man fürchtet, daß dann Leipzig überfluthet werde mit Kranken umliegender Gemeinden. Allein, da wir das Gesetz des Unterstützungswesens haben, so sind die Behörden leichter als früher im Stande, etwaige Kosten zurück zu erhalten. Es erscheint für eine große Stadt wie Leipzig nicht unwürdig, solchen Gemeinden mehr abzuverlangen, als den hiesigen Kranken. Deshalb stimme ich gegen jede Erhöhung der Beiträge. Das gilt auch für die hiesigen Krankenkassen. Wenn auch einzelne Kassen so gestellt sind, so sind es nicht alle Kassen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß durch die Krankentourol sehr häufig verurtheilt wird, den Kranken das Krankengeld zu entziehen. Ich habe Fälle beobachtet, wo man schwindelkräftigen, dem Grabe nahen Kranken das Krankengeld verklümmern wollte, weil sie aus Ermüdung in eine Reconvaleszenz gegangen waren. Will man den Kassen mehr abverlangen, so werden solche Dinge noch häufiger vorkommen. Deshalb wünsche ich auch für diese keine Erhöhung.

Da ich aber, wie gesagt, mit Ihnen darüber einverstanden bin, die Zuschlagkosten zu dem Hospital zu verringern, so will ich Ihnen sagen, daß dazu zwei Dinge vor allem nöthig sind. Das erste ist die Errichtung einer allgemeinen Dienstlostenkasse. Der Rath hat sich allerdings dem Beschlusse nach, schon lange Zeit eingehend damit beschäftigt; dennoch stelle ich den Antrag, denselben zu eruchen, damit nunmehr energisch vorgegangen. Wenn eine solche Kasse so eingerichtet wird, daß für alle Dienstboten, welche erkranken, derjenige Beitrag gezahlt wird, welchen die Verpflegung erfordert, so ist sicher damit sehr viel gewonnen. Zweitens aber muß sich der Sinn für Wohlthätigkeit mehr dem Hospital zuwenden. Wie es früher in einer Versammlung hier befragt wurde, daß so wenig Legate den Schulen zuzuführen, und wie es eben heute mit Freunden begrüßt wurde, Freistellen an der höheren Knabenschule errichtet zu sehen, so muß ich es beklagen, daß so wenig große Schenkungen dem Hospital zugehen. Reiche Bürger mögen, ohne andere Bestimmung als zum Nutzen des Hospitals, große Beiträge zahlen, wie es in anderen Städten geschieht. Auf diese Weise können dann ohne alle Erhöhungen dieselben Ziele erreicht werden. Man bedenke immer Uns: für die Gefunden sind gute Schulen, für die Kranken gute Krankenhäuser nöthig. Der Gesunde hat den Geist zu bilden und der Kranke den Körper wieder zu stärken. Wie ich den Kurus in den Schulhäusern verdamme, so verdamme ich auch den Kurus in den Krankenhäusern. Haben Sie aber zugestimmt, hier ein Krankenhaus zu bauen, das eine Mutteranstalt sein soll, so müssen Sie auch die Konsequenz dieses Beschlusses tragen, nämlich die großen Kosten.

Die Ehre, schöne Dinge zu haben, ist kostspielig, sie aber zu erhalten, ist noch kostspieliger. Deshalb will ich mich der Konsequenz nicht entziehen und stimme gegen die Erhöhung der Verpflegungsgelder. Schließlich bitte ich Sie, einem oder dem andern meiner Anträge zuzustimmen.“

Herr Dr. Kühn, das ist nicht zu verkennen, hat aus Interesse für die ohnehin schon alle Lasten tragenden unteren Volksklassen gesprochen. Die Pflicht gebet, daß auch die Besessenen ihre Stimme in die Wage schale legen. Aber damit allein ist es nicht gethan. So lange der jetzige Zustand bei den städtischen Wahlen fortdauert, wird es nicht besser, eher noch schlechter werden. Es kommt vor Allem darauf an, daß an Stelle des jetzigen beschränkten Wahlrechts das allgemeine und direkte Wahlrecht gesetzt werde; haben wir dieses, dann dürfte es leicht eintreten, daß Männer, wie Dr. Kühn, nicht die Minorität, sondern die Majorität bilden und dann dürsten auch nicht nur die unangenehm, kostspieligen „patriotischen“ Feste, sondern auch die rüchichtslosen stünnen Griffe in die Geldsäkel der städtischen Angehörigen ihr Ende erreicht haben.

München. Im „Neuen Sozial-Demokrat“ vom 17. Juli befindet sich folgende Correspondenz:

München, 30. Juni. (Neue Ausbreitung.) Im Geiste Ferdinand Lassalle's wollten wir das seit zwei Jahren hier niedergelassene (1) Prinzip des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins wieder zu beben machen, aber unsere Anstrengungen waren vergebens, da wir keine agitatorischen Kräfte hier besaßen. Die hiesige Bebel-Lieblichkeits-Partei war niemals gelungen, einen Prinzipienkampf aufzunehmen („Prinzipienkampf“? — gegen wen? Seit wann führen die Herren Socialdemokraten „Prinzipienkampf“ gegen uns? N. d. B.) sondern sie gelief sich in Versammlungen nur im Schimpfen, Pfeifen und Schlußfragen. In letzterer Zeit sah man unser früherer Part. Ignoranz, Dr. Grünberg, wieder seinen Wohnsitz hier auf und war schnell bereit, den Kampf für das reine Prinzip (und woran erkennt man das reine Prinzip? N. d. B.) und die Organisation Lassalle's aufzunehmen. Er erließ Circulare an die Fabriken und großen Werkstätten, worin er jene Arbeiter, welche Sympathie für das Prinzip und die Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Vereins haben, zu einer Besprechung und Konstituierung einlud. Die Eisenacher hatten nichts Anderes zu thun, obgleich sie nicht eingeladen waren, als einen Stöckungsverfuch (?) zu machen. (Selbst wenn unsere Parteigenossen — was aber nicht wahr ist — auch die Versammlung „gendert“ hätten, so wäre auch nur das ein Mal geschehen, was Ihr uns schon an taufen d'Wal gethan habt. Ihr hättet Euch also nicht zu beklagen, sondern nur daran zu denken, daß Euch Gleiches mit Gleichem vergelten worden N. d. B.) Am Abend jenes Tages, wo wir die Besprechung abhalten wollten, positiven sich ihre Anführer an den Thüren unseres Lokals, um jeden Arbeiter aufzufordern, nicht einzutreten, sondern zu warten, bis sie das Signal dazu gaben. Und als nun die Besprechung beginnen sollte, sährnten unter Scandal diese Leute in unser Privatlokal ein. Herrn Grünberg's Ermahnungen waren vergeblich. Trotz-

dem nahm derselbe das Wort zum Reftrat, legte das Prinzip des Allg. deutsch. Arb. Vereins dar und schilderte die verschiedenen Parteien so gedrigen, daß alle Anwesenden applaudierten. Die Eisenacher zeigten schließlich aber einen großen Spießfuß an. (Schall! Der Herr Stillsitzen an, lieber „Neuer“! Erst sagt Du, daß „alle Anwesenden applaudierten“ und dann sollen die Eisenacher schließlich großen Spießfuß angesetzt haben? R. d. L.) Herr Grüneberg machte sofort eine Pause und es fand die Einzeichnung von vielen Mitgliedern in den Allg. deutsch. Arb. Verein statt, trotz alles Abredens des Gegners. Da sie fortwährend lärmten, konnten wir nicht mehr dazu kommen, einen Bevollmächtigten vorzuschlagen, und Herr Grüneberg schloß endlich die Versammlung. Die neuen Mitglieder kamen darauf Montag, den 24. Juni, zu einer geschlossenen Mitglieder-Versammlung zusammen, wo, nachdem Herr Grüneberg über das Prinzip und die Organisation geredet referiert hatte, wir alles organisierten. Daß die Eisenacher jetzt Grüneberg vergiffen möchten und denselben zu beschimpfen suchen, kann sich Jeder denken. Aber wir stehen fest zum Allg. deutsch. Arb. Verein. Mit Hoch auf Ferdinand Lassalle und den Allg. deutsch. Arb. Verein endeten jene Versammlungen. Brüder, kämpft überall wieder wie wir. Mit sozialdemokratischem Gruß Dr. L. Uebel, Bevollmächtigter.

In einem Briefe des Herrn Uebel aus München ist folgende Stelle enthalten:  
„Die hiesigen Anhänger der Eisenacher Partei vermögen nicht, die Arbeiter für sich zu gewinnen, denn jeder schaut mit Zorn auf ihr Vuhlen mit den Schwarzen.“  
In demselben Augenblick, wo wir diesen Brief erhielten, lasen wir folgende Originalcorrespondenz in dem berühmten Berliner Jesuitenblatt „Germania“:

„In einer gestern Abend im Saale des „Lampgarten“ dahier abgehaltenen, von etwa 50 Personen besuchten öffentlichen Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde die Entschiedenheit und der Tenor des genannten Vereins näher besprochen, und möglichst allgemeiner Beitritt der Arbeiter zu denselben für notwendig erklärt. Nach den in der Versammlung selbst gehaltenen Bemerkungen eines der hervorragendsten Redner der Münchener Arbeiterpartei und dem Verlauf der Versammlung selbst scheint jedoch der letztgenannte Wunsch in München wenig Aussicht auf Erfüllung zu haben.“

Es ist wahrlich sehr bezeichnend, daß das Hauptorgan der Ultramontanen in Deutschland, während sonst keine Zeitung über jene Versammlung berichtet, eine Correspondenz bringt, in welcher auf den Allg. deutsch. Arb. Verein geschimpft(?) und ein Anführer der Eisenacher Partei als einer der „herausragendsten Redner“ gelobhudelt(?) wird. Das stimmt trefflich mit obiger Notiz des Herrn Uebel überein.

S. weit der „Neue“. Die angebliche Mittelung des Herrn Uebel über unser „Vuhlen mit den Schwarzen“ ist eben so authentisch, wie die „Entschiedenheit des hiererwähnten Postbeis“, mit welcher der „Neue“ seine Leser anlog, als wir ihm vorbrachten, daß er das einzige Arbeiterblatt sei, das in Oesterreich noch nicht verboten sei.

Im Uebrigen stelle man den Ergüssen des „Neuen“ den nachfolgenden Bericht unseres Correspondenten gegenüber:

**München.** Obgleich schon früh von vielen Seiten zu wiederholten Malen der Wunsch ausgesprochen worden ist, man möge die Redaktionen ignorieren, welche an verschiedenen Orten zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen zum Jubel unserer gemeinschaftlichen Gegnerin, der Bourgeoisie, leider noch häufig genug ausbrechen, so läßt sich dies doch nicht in allen Fällen als praktisch empfehlen. — Zudem ist es Pflicht, durch wahrheitsgetreue Berichte unparteiisch den Mitgliedern des unselbständigen „Neuen“ so oft wie möglich Gelegenheit zu geben, sich von dem Charakter ihrer Führer ein Bild zu verschaffen. Seit Jahren war hier in München die Harmonie unter den Arbeitern nicht gebrüchelt worden. Der Rest der ehemaligen Mitglieder des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ hatte sich dem Eisenacher Programm angeschlossen, oder verhielt sich gänzlich neutral.

Da mit einem Mal trat ein Licht herüber. Der Schnelber Grüneberg, früher Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, der sich späterhin unserer Partei angeschlossen, ward im Geheimen und in letzter Zeit auch öffentlich Mitglieder für den „Neuen“ an. Um seinen Beziehungen mehr Nachdruck zu geben, ließ er es natürlich an Schimpfreden und gehässigen Verleumdungen gegen unsere Partei nicht fehlen; allein, da er als Charakterist schon seit Jahren unter den hiesigen Arbeitern bekannt genug ist, so hatte er wenig Glück bei dem Geschäft, und schon deshalb seinen Kollegen Uebel vor. — Nun traten die guten Leute in öffentlichen Versammlungen auf. — Es wurde ihnen jedoch gleich beim ersten Versuch dabei nicht gut zu Mute, denn unsere Parteigenossen fanden sich in entsprechender Anzahl ein und setzten es durch, daß die nächste Versammlung entgegengehebt der Absicht Uebels und Grünebergs, abermals eine öffentliche sein in Mühie. — Trotz eines starken Gewitterregens war die Versammlung gut besucht. Von Seiten unserer Mitglieder wurde Parteigenosse Scheil zum Vorsitzenden gewählt, und die Unselbstbaren des „Neuen“ mußten wohl oder übel gute Miene zum bösen Spiele machen. Der Bericht wurde unparteiisch geführt. Auf der Tagesordnung stand „Die Selbstständigkeit der Arbeiter-Parteien“. Uebel, Grüneberg und Genossen kämpften und stritten für ihre alten Traditionen mit einem Muth, welcher einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Grüneberg konnte es sich nicht verzeihen, wieder die stärksten Verleumdungen gegen unsere Partei zu scheutern — und wurde ihm dieserhalb das Wort entzogen. Am Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, welche den Personenkultus, das Bevormundungssystem und die Vertreter eines solchen als Feinde der Arbeiterschaft entschieden verurtheilte. — Nun wollen die guten Leute Rede nehmen. Frohne u. s. w. hieß es, werden in nächster Zeit hier öffentlich auftreten. Den Arbeitern Münchens konnte keine größere Freude bereiten werden, als die Gelben des „Neuen“ persönlich kennen zu lernen, um dieselben in gebührender Weise abzufertigen und wieder gen Norden reisen zu lassen. Daß hier kein Boden für den „Neuen“ mehr ist, sollte jedem einmüthigen mit den hiesigen Verhältnissen Bekannten klar sein. Zu allem Unglück haben sich aber die hiesigen Pioniere des „Neuen“ unsterblich blamiert und die Herren in Berlin können das Beispiel für Frohne und Konforten künftighin sparen. — Den Parteigenossen oder empfehlen wir, allen ähnlichen Zerplitterungsversuchen gegenüber so entschieden wie wir hier entgegen zu treten. Diese Leute, unter denen viele wider besseres Wissen handeln, verdienen keine Rücksicht. — Zahllos sind die Fälle, wo sie in rohester Weise unsere Versammlungen gestört und gesprengt haben. Den Namen Lassalle's haben sie durch ihre rohen Thaten aus Tiefsie entehrt und in den Lach gezeugen. Ihre Herrschaft behält nicht durch Ueberzeugen, sondern durch Terroristen und eine solche Partei oder Fraktion trägt den absoluten Keim des Todes in sich und muß daran zu Grunde gehen.

Fritz Brindmann.  
**Solingen, 15. Juli.** Nochmalige Auflösung einer Volksversammlung. Wie wir in einer der letzten Nummern des „Volksstaat“ mittheilten, tritt die hiesige Polizei-Behörde in der maßlosen Weise gegen die hiesigen Sozialdemokraten durch öffentliche Beschimpfung sowohl, wie durch vollkommen grundlose Auflösungen von Versammlungen auf.

Am Sonnabend, d. 13. Juli, hielten wir eine Volksversammlung ab, in der das durch die polizeiliche Auflösung der Versammlung vom 6. d. M. unterbrochene Referat von Pieper aus Hamburg: „Die deutschen Sozialdemokraten und ihre Gegner“ zu Ende geführt werden sollte. Nachdem der Unterzeichnete über den Zwist zwischen den hiesigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesprochen, ergriff Pieper das Wort. Die „außerordentlichen Vorkehrungsmaßregeln“ waren, wie früher so auch jetzt wieder getroffen, indem außer den hier stationirten Gensdarmen und Polizisten noch eine ganze Anzahl von fremden Gensdarmen, „Schwarzgeladen“, angewandt waren! Schon mehrere Tage vorher ging das Gerücht von einer Auflösung der Versammlung resp. von der Verhaftung Pieper's in der ganzen Stadt herum. Ob die Herren von der Polizei glauben, uns hierdurch einschüchtern zu können, wissen wir nicht, wohl aber können wir konstatieren, daß die Herren Ihren Zweck nicht erreichten, denn die betreffende Versammlung war so zahlreich von allen Schichten der Bevölkerung besucht, daß die Menschen in dem geräumigen Saal nicht alle Platz finden konnten. In Folge dessen hatte sich eine große Anzahl auf den Treppen, der Hausthür und sogar vor dem Lokal postirt und harrte der Dinge die da kommen sollten. Pieper hielt sich aber in seinem Vortrag so streng in den Grenzen der Gesetz, daß keine Auflösung stattfinden konnte. Nachdem derselbe namentlich die heutige Presse und ihre Lobhüchler in gebührender Weise

geschildert, hob er noch den schlimmsten Gegner der Arbeiter-Bewegung, den Indifferentismus hervor, indem er betonte, daß es sich bei der hiesigen Bewegung nicht um die Strafen, sondern in der Hauptsache um die politischen Rechte handele. Weiter führte Redner aus, daß er eigentlich noch ganz besonders über die Polizeimittellichkeiten sprechen wollte; allein, da er nicht gern der hiesigen Polizei-Behörde ihre Unselbstbarkeit freitrig machen wollte, so verzichtete er darauf, über diesen Punkt zu sprechen. Die Versammlung verstand den Wink, denn die Anwesenden wählten zur Genüge, wo der Redner hinauswollte. Nachdem derselbe sein Referat unter den lauten Beifallsbezeugungen beendigt hatte trat eine Pause von zehn Minuten ein. Adhann wollte Pieper eine Beschwerde an die königl. Regierung zu Düsseldorf vorlesen, um dieselbe von den Anwesenden mit möglichst zahlreichem Unterschriften bedenken zu lassen. Pieper hatte in dieser Beschwerde hauptsächlich die arden Verleumdungen, welche ihm in der Versammlung vom 6. d. Mts. Erwähnung getan und den betreffenden Beamten allerdings etwas derb den Kopf gewaschen. Dieses mochten die Beamten wohl ahnen, und so sprang denn der Commissair als Pieper kaum mit Belesung der Beschwerde angefangen hatte, wie von der Tarantel gestochen von seinem Sitz auf und erklärte, daß er in der Belesung dieser Beschwerdeschrift eine „Anfechtung gegen die Beamten“ (natürlich gegen den Herrn Commissairs Unselbstbarkeit!) erblicke, und er deshalb die Versammlung hiermit auflöse!

Nun verbreitete sich pöbelig neugierig das Gerücht von der bevorstehenden Verhaftung Pieper's. Im Nu war die geräumige Bühne, von wo aus der Redner gesprochen, von Arbeitern gefüllt um ihn zu schützen. Ein großer Theil blieb im Saale, ohne vom Platze zu weichen; ein anderer Theil verließ allerdings das Lokal, aber nur, um auf der Treppe oder unten auf der Straße in geschlossener Reihe stehen zu bleiben!

Erst als wir, Pieper in unserer Mitte, vor dem Lokale erschienen und die Menge sah, daß derselbe ungehindert gehen konnte, da verließ sich die ungeduldige Menschenmasse. Für die Polizei gab es demnach an diesem Abend keine „Arbeit“!

„S. verheißt sich von selbst“, daß erwähnte Beschwerdeschrift trotz der wiederholten Auflösung unserer Versammlungen an die Regierung abgeht, sei es auch nur, um unseren wuthentbrannten Gegnern zu zeigen, daß wir die Wege kennen, welche wir bei unbegünstigten Eingriffen in die Rechte des Volkes einschlagen haben. Die Agitation geht hier natürlich jetzt in einer Weise vor sich, wie das seit dem Auftreten Lassalle's nicht wieder dagewesen ist. Nächstens mehr! Mit Gruß und Handcußlag Carl von Giesen.

**Hamburg.** Zum Sattlerstr. Unseren geehrten Kollegen zur Nachricht daß sich das Komitee der streikenden Sattler Hamburgs, in Hans'schen Club-Lokal, Schauenburgerstr. 14 befindet. Das Komitee.

**Hamburg, 18. Juli.** Der Strike der Sattler dauert fort. Die Arbeiter, welche schon eingemilligt hatten, wollen theilweise ihr Wort wieder zurücknehmen. Wir sind aber entschlossen, jetzt um so fester zusammenzubehalten.

Der Geist der Streikenden ist vorzüglich, wir erziehen daher alle Kollegen Deutschlands, den Bezug von hier fern zu halten. Auch hoffen wir, daß wir in dem Kampf gegen das Kapital nicht im Stich gelassen werden und daß man uns nach Kräften unterstützen wird. Briefe u. s. w. sind zu richten an Herrn Falter, Borgeschstraße Platz Nr. 47. Haus 1 bei Behrmann.

Das Comité.  
**Würzburg, 15. Juli.** In Folge unseres Strikes ist unsere Lage eine weit schlimmere, als früher.

Eine Anzahl der besten Arbeiter hat sich geeinigt, eine Produktivgenossenschaft der Schneider zu gründen und erziehen wir deshalb alle Kollegen von Nah und Fern, uns in dieser Beziehung mit Rath beizustehen.

Ferner ist noch zu bemerken, daß der frühere Kassirer seiner Funktion enthoben ist, und an dessen Stelle Georg Peter, Augustinerstraße Nr. 2 gewählt worden ist.

Wir bitten schließlich alle Kollegen, den Bezug fernzuhalten. Auch bringe ich noch zur Kenntnis, daß das Vereinslokal von heute an sich bei Kaspar Herzing, Wohlfahrtsstraße, befindet.

Wiß, Kreuzler, Schriftführer.  
**Stuttgart, 17. Juli.** Wir Schwaben sind jetzt im Kampf gegen die Agitatoren des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Frohne und Hartmann; bereits sind mehrere Versammlungen stürmischer Natur in Stuttgart abgehalten worden. Vertrauensmann für Stüttingen ist W. Morlok, Goldarbeiter, Oberthor.

**Herrheim.** Am letzten Samstag waren die beiden Agitatoren der Schwäbischer-Dase dreschigen Partei Frohne und Hartmann hier; dieselben sprachen vor einer von ihnen selbst zusammengeführten Arbeiter-Versammlung; sie hielten sich sehr anständig, so daß wir nicht nöthig hatten, gegen sie aufzutreten, worauf wir übrigens vorbereitet waren — da beim Schluß die hiesigen Gegner unserer Partei wieder verjahren, Mitbräuen zu läsen, mozu die Persönlichkeiten Frohne's Veranlassung gab; da die Debatte aber wegen der bereits vorgeführten Zeit abgehandelt werden mußte, so beabsichtigten jene, noch eine Versammlung hier abzuhalten. Uns vermögen sie hier nicht zu schaden, da wir bei den Arbeitern nach allen Richtungen hin das Hest in Händen haben. Näheres später.

**Spandau.** Die hiesigen Tischlergesellen beabsichtigen am Dienstag, den 23. d. M., in corpore die Arbeit niederzulegen. Einzelne tritten schon. Am Dienstag, den 16. d. M., richteten wir folgendes Circular an die Meister: „Wir Andesunterzeichnete sehen uns durch die enorme Preissteigerung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse veranlaßt, folgende nur zu gerechte Forderungen der gesamten Meisterschaft zu unterbreiten: Zehnjährige Arbeitszeit inklusive eine Stunde Mittag und eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperzeit, sowie eine Lohnhöhung im Durchschnitt von 25 Prozent.“ Dies, Arbeiter und Kollegen, sind unsere Forderungen, für die wir gewillt sind stets wie ein Mann einzutreten. Die Antwort lautete, nur mit den Einzelnen unterhandeln zu wollen, d. h. man suchte unser Vorhaben zu vereiteln, wir sind aber nicht gesonnen, uns länger als Spielball gebrauchen zu lassen, daher wählen wir insgesammt ein Komitee und werden nun, unserer Menschenrechte eingedenk, muthig ausfahren. „Alle für Allen, Einer für Alle“, das ist unser Lösungswort. Wir ersuchen, einen Bezug fern zu halten. Briefe u. s. w. bitten wir an Herrn Tischler Albert Münchau, Breitestraße 32, Hof, parterre, zu senden.

Das Komitee.  
Albert Münchau, Georg Jung, Oswald Hoffmann, Wilhelm Spid.  
Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.  
**Berlin.** Die Instrumentenmacher und Messerschmiede, die bei einer übermäßig langen Arbeitszeit einem durchschnittlichen Wochenlohn von 5 $\frac{1}{2}$  Thlr. verdienen, beschloßen in einer, den 18. ds. stattgehabten, sehr zahlreich besuchten Versammlung eine Lohnhöhung von 16 $\frac{2}{3}$ % zu fordern. Es wurde aus jeder Werkstatt eine Kommission gewählt, die mit ihren speziellen Arbeitgebern zu unterhandeln hat. (Volkszeitung.)

**Cassel, 17. Juli.** Als ich vorgestern hier ankam, wurde mir der Auftrag zu Theil, mich mit einem Parteigenossen in das Lokal des hiesigen Ambergers, Adth. IV für Strafsachen, zu der mündlichen Verhandlung des gegen unseren Parteigenossen Julius Scheil angehängten Verleumdungs-Prozesses zu begeben, und der Verhandlung beizuwohnen. Scheil, durch Arbeit gebunden, konnte selbst nicht erscheinen; er hatte infolge dessen seine Verteidigung schriftlich eingereicht, dieselbe kam aber nicht zur Verlesung, indem der Anwalt hervortrieb, es sei hier mündliche Verhandlung. Der Polizei-Anwalt beantragte 10 Tage Haft, der Gerichtshof erkannte auf 10 Thlr. Strafe eventuell 10 Tage Haft und Zahlung der Kosten des Verfahrens. Der Polizei-Anwalt hob im Verlaufe seines Plädoyers hervor, daß die Verleumdung mit Ueberlegung und Raffinirtheit ausgeführt sei, indem Scheil dem Commissair David zu Breslau erben Dummheit, und zweitens Faulheit vorwerfe. Den Grund der Klage bildete ein an den betreffenden Commissair mit hergebrachter

Brief. Der Hr. David hatte voriges Jahr eine zu Breslau abgehaltene politische Versammlung ohne Grund aufgelöst. Scheil, als solches Vorst. in der hiesigen Versammlung zu übermachen habe, er doch erst das Vereins- und Versammlungsrecht vom 11. März 1850 lesen möchte, denn nichts gelernt zu haben, sei keine Schande, aber nichts lernen wollen re. Scheil wird wohl appelliren.

Mit sozialdem. Gruß  
H. Walj.  
**Konneburg, 14. Juli.** Der bisherige Schriftführer, Herr Eduard Kläber, hat sich aus dem sozial-demokratischen Volksverein streichen lassen mit dem Bemerkten, anderweitig für die Partei wirken zu wollen, und ist an dessen Stelle als Schriftführer Parteigenosse Robert Ditz unterem Schloß gewählt worden. Dies der Partei zur Nachricht. Für den Vorstand: August Sebal.

**Breislaten**  
der Expedition: Stolle, Reerane 1. Abonn. II Qu. 24 Thlr. 15 Ngr.; Kriech, Jägerdorf 8 Thlr.; Schm., Janowitz 16 Ngr.; Hartmann, Mainz f. Schrift. 2 Thlr. f. Abonn. II. Qu. 9. 28. 7.; Schlechter, Dresden f. Abonn. 21 Thlr. 10 Ngr.; Kiehl, Reichenberg 13 Thlr. 10 Ngr.; Dr. Brentano, Lichtenfelde f. Sch. ist. 5 Thlr.; G. Siedm., Lichtenberg f. Schriften 6 Ngr.; T. Bryer, Großenhain f. Schriften 2 Thlr. 4 Ngr.  
der Redaktion: B. in G. die Bögg'sche Rede erscheint, sobald Platz ist. G. B. in B. Aufsatz aus der „Egalite“ desgleichen. — Rüssen St. Klafas, Spandau, Herborn, Dresden (S.) in nächster Nr. W. R. Frankenhäusen.  
Brief an den Ausschuß gesandt

**Für politisch Gemäßigete.**  
Von Hüllem. in Hofstr. durch Schlechter in Dresden 15 Gr.; von G. F. Dremack 1 Thlr. 17 $\frac{1}{2}$  Gr.

**Für den „Volksstaat“**  
Dr. F. . . . . in Leipzig 5 Gr.

**Für Bremen.**  
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.  
Sonnabend, den 27. Juli, Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung: Anträge zum Kongreß.  
Das Erscheinen aller Mitgl. der ist dringend nöthig.  
Conrad Holte.

**Für Breslau.**  
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 29. d. M., Abends 8 Uhr  
**geschlossene Mitgliederversammlung**  
in Kloss's Restaurant, Mathiasstraße, 16.  
Tagesordnung: „Beratung der Anträge für den nächsten Parteikongreß.“ Das pünktliche Erscheinen sammtlicher Mitglieder ist notwendig.  
Die Karten sind vorzulegen. F. Dehme.

**Für Breslau.**  
Arbeiterverein „Geselligkeit“.  
Sonntag, den 28. d. M., bei günstigem Wetter  
**gemeinschaftlicher Spaziergang mit Damen**  
nach Michalsky's Garten (Heinrichsbrenn) in Gräbichen. Sammelplatz an der goldenen Sonne. Gräbichenstr. Nachmittags 3 Uhr.  
Um recht zahlreiche Theilnahme ersucht der Vorstand.

**Internationale Metallarbeiter-Vereinigung.**  
Das Stammbuch, lautend auf Georg Vandere aus Stade ist entwendet. Es wird hierdurch vor unberechtigtem Gebrauch desselben gewarnt.  
Berlin, den 17. Juli 1872. Der Bevollmächtigte. G. Havenith.

**Für Leipzig.**  
Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Versammlung Dienstag Abend im Leipziger Saal.  
Besprechung über das Stiftungsfest.

**Für Leipzig.**  
Soz-dem. Arb.-Verein.  
Freitag, den 26. Juli Abends 8 Uhr, im Leipziger Saal.  
Tagesordnung: Das Hauptpliktgesetz.  
Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Für Köln.**  
Die geehrten Abonnenten des „Volksstaat“, welche noch mit Zahlung desselben im Rückstande sind, werden ersucht, dies längstens binnen acht Tagen zu entrichten, sonst werde ich denselben keinen „Volksstaat“ mehr bringen und ihre Namen im „Volksstaat“ bekannt machen.  
D. Kall.

**Volksverein Zwickau.**  
Einladung zum  
**Stiftungsfest.**  
Die Parteigenossen von Nah und Fern werden hierdurch freundlichst eingeladen an unserm Stiftungsfest, welches am 23. Juli von Nachmittags 4 Uhr an im Saale des Gewandhauses stattfinden wird, sich recht zahlreich zu betheiligen.  
Die zum Empfang der Gäste am Bahnhof fungirenden Comité-Mitglieder sind durch Schleien, roth u. d. weiß, erkenntlich.  
Programm:  
Concertstücke.  
Festrede, vom Redakteur des „Bürger- und Bauernfreund“.  
Weitere Vorträge von Gästen.  
Abends Ball.  
Das Festkomitee.

**Für Esslingen.**  
Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft bei Reich Kugel'scher Bierkeller.

**Für Schuhmacher.**  
Der Arbeitsnachweis der Gehilfen in Dresden ist Balmsstr. 20 Täglich von 10 bis 12 Uhr. Solide Verberderung ist Berbergaße Nr. 2 bei Herrn Taggesell. (6) 4  
Im Verlage von J. G. Born in Giberfeld ist erschienen:

**Ferdinand Lassalle.**  
Ein vortreffliches Bild, welches diesen muthigen Kämpfer gegen die Kapitalmacht in ganzer Figur darstellt, wie er das goldene Kalb (Gott Mammon) von seinem Postamente herunterwerft und zertrümmert.  
Preis eines Exemplars 7 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
10 Exemplare 2 Thlr.  
Gegen Franco-Einsendung des Betrages ist dasselbe direkt von obiger Verlags-Handlung zu beziehen.

Im Verlage der Expedition des „Volksstaat“ ist erschienen resp. von ihr zu beziehen:

Thlr. gr. pf.  
F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg . . . . . 1 —  
Die Lage der arbeitenden Klassen in England. — 20 —

**Die Filialexpeditoren**  
und Particulporteurs, welche Bestellungen auf die in 9 Lieferungen erscheinende II. Auflage von  
**Marx „Kapital“**  
zu machen wünschen, wollen die Zahl der gewünschten Exempl. hierher baldigst bekannt geben, damit sie rechtzeitig und richtigen Versandt Sorge getragen werden kann. Die Lieferung kostet 9 Ngr., für 12 Exmpl. 1 Reichthl.  
Die Exped. d. „Volksstaat“  
Leipzig: Be. anto, Redakteur A. Putz; Redaktion u. Expedition